V-43-001

Für die freie Impfentscheidung, für die Gesundheit mündiger und verantwortlich handelnder Bürger*innen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Achim Jooß (KV Ortenau)

Titel

Ändern in:
Für die Impfpflicht - Für eine bessere Herdenimmunität

Änderungsantrag zu V-43

Von Zeile 1 bis 9:
~~Grüne Gesundheitspolitik setzt auf selbstbestimmte und eigenverantwortliche Menschen mit unveräußerlichen Grundrechten, zu denen auch die physische und psychische Unversehrtheit zählt. Grüne Politik bekennt sich zur freien Impfentscheidung aller Bundesbürger*innen für sich selbst und ihre Kinder. Grüne Politik lehnt einen gesetzlichen Zwang zur Impfung und eine staatlich verordnete Entmündigung ab und fördert stattdessen die Aufklärung und unabhängige ergebnisoffene Beratung nicht nur durch Ärzt*innen und Heilpraktiker*innen, sondern durch alle Gesundheitsberufe. Bei der gesundheitlichen Beratung der Kinder und ihrer Eltern ist die Fachkompetenz der Hebammen besonders wertvoll und soll von werdenden Eltern für die verantwortliche Impfentscheidung auch genutzt werden können.~~

Die Bundesdelegiertenkonferenz begrüßt die Entscheidung der Bundestagsfraktion, die Einführung einer Impfplicht zu unterstützen. Ein umfassender Impfschutz ist erforderlich, um Herdenimmunität zu schaffen, und so die Erfolge bei der Bekämpfung und Ausrottung von Krankheiten wie Masern nicht zu efährden. Die Impfpflicht hat dazu geführt, dass heute Krankheiten wie Polio fast ausgerottet sind.

Zwar stellt eine allgemeine Impfpflicht einen Eingriff in das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit und in das Erziehungsrecht der Eltern da, jedoch ist dieser Eingriff in der Abwägung gerechtfertigt, weil eine hohe Impfquote auch diejenigen mitschützt, bei denen eine Impfung zum Beispiel aus medizinischen Gründen nicht möglich sind und damit deren körperliche Unversehrtheit und Recht auf Leben mitschützt. Das Ansteckungsrisiko derjenigen die nicht geimpft werden können, wird durch eine hohe Durchimpfungsquote das Risiko auf einen Menschen im infektiösen Zustand (z.B. einen an Masern erkrankten) zu treffen deutlich reduziert wird.

Daher halten wir die Entscheidung der Bundestagsfraktion für richtig. Gleichzeitig unterstützen wir Bemühungen und Kampagnen auch bei Menschen im Erwachsenenalter den Impfschutz aktuell zu halten und in regelmäßigen Abständen aufzufrischen.

weitere Antragsteller*innen

Philipp Lang (KV Stuttgart); Tim Demisch (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Marc Andreßen (KV Rotenburg/Wümme); Pit Kludig (Dresden KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Christian Stettin (KV Wetterau); Dennis Barth (Konstanz KV); Uwe Herzog (KV Offenbach-Land); Nina Freund (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Michael Wiese (KV Leverkusen); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Friederike Schwebler (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jonas Krone (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jan Meißner (KV Düren); Dave Kolboom (KV Steinburg); Amelio Tornincasa (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Lars Radzymski (KV Teltow-Fläming); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Martin Möller (KV Wuppertal)